

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Herausgeber:** Widerspruch  
**Band:** 3 (1983)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Antikapitalistische Sammlung im Bündnis mit der 3. Welt  
**Autor:** Witschi, Fritz  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-651740>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 27.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

In jüngerer Zeit ist dieser Ansatz erweitert oder ergänzt worden durch die sog. „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik. Diese vertraut auch weitgehend den Kräften der Marktwirtschaft. In einer Krise müsse den Unternehmern aber wieder Anreiz für Investitionen gegeben werden. Hierfür sind alle die Investitionen (und Profite) hindernden Schranken abzubauen, d.h. Abbau der Steuerbelastungen und somit Einschränkung staatlicher Aufgaben, weniger Umweltschutzauflagen, weniger Sozialleistungen, Druck auf die Gewerkschaften, damit die Löhne tief gehalten werden können. Wird wieder investiert und erhöht sich somit das Angebot an Gütern und Dienstleistungen, werde sich die Nachfrage „von selbst“ einstellen, die Wirtschaft komme wieder in Schwung.

- 9) OECD Economic Outlook, Nr. 32, Dezember 1982
- 10) Finanz und Wirtschaft, 15. Januar 1983, S. 1
- 11) Steuerbelastung des Arbeitseinkommens von Arbeitern und Angestellten, Die Volkswirtschaft, Heft 8, August 1982, S. 583
- 12) Vgl. hierzu besonders die Arbeiten von Mike Cooley und die Alternativvorschläge im Bereich neuer Technologien (CNC, CAD) in der Produktion, aber auch der Rüstungskonversion
- 13) Bauwirtschaft wohin? Perspektiven der Bauwirtschaft aus gewerkschaftlicher Sicht, GBH-Schriftenreihe, Zürich 1982.
- 14) An einer Tagung der Wirtschaftsminister der EG im November 1982 wurde die Arbeitszeitverkürzung als eine wichtige Massnahme zur Sicherung der Beschäftigung genannt.
- 15) Vgl. z.B. G. Schwarz, Arbeitszeitverkürzung — ein verführerisch plausibles Rezept, in: Arbeitslosigkeit, S. 54f.
- 16) Ausführlich wird dieses Problem diskutiert bei K.G. Zinn, Aussenwirtschaftliche Aspekte einer alternativen Wirtschaftspolitik, in: Argument-Sonderband AS 89, „Staatsgrenzen“, S. 29ff.
- 17) Einige Ansätze finden sich hierfür bei S.P. Mauch, Was hat Global 2000 mit der Schweiz zu tun? Referat anlässlich der SGU-Tagung vom 24.11.1982
- 18) Weitere Vorschläge für eine gewerkschaftliche Strategie in diese Richtung werden diskutiert bei E. Altvater u.a., Das Diktat der Zahlungsbilanz, in: Argument-Sonderband 89, S. 19ff.



## Fritz Witschi

### Antikapitalistische Sammlung im Bündnis mit der 3. Welt

Zur Strategie der antikapitalistischen Kräfte in der Schweiz  
Die Welt verändert sich schneller denn je

Ohne Sieg des vietnamesischen Befreiungskampfes wäre kaum 1973 der ägyptische Vorstoß zur Befreiung der durch Israel besetzten Gebiete (und die Ölembargo-Beschlüsse der OPEC!) und kaum schon die Entkolonialisierung im südlichen Afrika möglich geworden. Ebenso wohl auch die progressive Entwicklung in Äthiopien oder Jemen nicht. Die Thet-Offensive und die dieser folgenden Niederlagen der Truppen der imperialistischen Führungs-

macht waren wesentliche Wegbereiter der krisenhaften Entwicklung im imperialistischen System.

Die Erkenntnis der relativen Schwäche der imperialistischen Führungsmacht brachte am 15. August 1971 die Aufhebung der Geldkonvertibilität des Dollars und dann folgerichtig den Dollar in den 70er Jahren ins Rutschen: Der Oktober 1978 mit der Dollarnotierung von unter Fr. 1.50 war dabei ein vorläufiger Höhepunkt. Sichtbar und für den imperialistischen Block von grösster Wichtigkeit ist die Umkehr der Entwicklung auch in der US-Handelsbilanz: war diese in den 60er Jahren für die USA stets positiv, so erreichte das Defizit 1977 26,5 Mia.; 1978 28,5 Mia. und 1979 24,5 Mia. Dollar.

Der Vietnam-Sieg, der sog. Erdöl-Schock sowie die erfolgreiche Hilfe Kubas an Angola gegen Südafrika haben die Erde neu gepflügt und zwar so gründlich, dass dieser stürmische Entwicklungsprozess für viele auch in unserem Land als gültiger Massstab für alle Zeit verstanden (oder missverstanden) wurde.

Als erstes ist festzuhalten: Das völlig neue Gesicht der UNO mit der nationalen Unabhängigkeit weiter Gebiete der 3. Welt machte die wahrhaft historische Sonderession von 1974 mit dem Grundsatzbeschluss zur „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ möglich. Aber dies war erst der *Ausgangspunkt* für einen neuen schwierigen, mit sehr schweren Opfern versehenen Weg zur Entwicklung der 3. Welt – letztlich eben der ganzen Welt. Wie dieser Grundsatzbeschluss konkretisiert aussieht und sich weiter konkretisiert, zeigen die Beschlüsse der Blockfreien von Colombo (1976), Havanna (1979) und die Grundsatzmaterialien der sog. „Gruppe 77“, die diesen Beschlüssen zugrunde liegen.

Als weiterer Teil des Kampfes um eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung ist als Zweites der Kampf um einen gerechten Erdölprix zu verfolgen.

Als 1973 die OPEC mit den Boykottmassnahmen politisch die Macht der erdölproduzierenden Länder für die arabischen Staaten gegen Israel benutztten, war das eine Geburtsstunde für zukünftige Auseinandersetzungen von 3. Welt-Rohstoffkartellen gegen die fallenden Terms of Trade. Die OPEC hatte damals den Schritt von der Forderung zum offenen Kampf für ihre Forderungen im Rahmen des allgemeinen Befreiungsprozesses der 3. Welt getan. Diese Kampfformen greifen tief in jede Volkswirtschaft der imperialistischen Welt ein, sind also auch für die Politik der fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz von grösster Wichtigkeit.

Die dritte, nachhaltige Wirkung zeitigende Tatsache war die direkte macht-politische Massnahme Kubas – die militärische Hilfe an Angola gegen die südafrikanische Invasion. Es ist kein Zufall, dass die Blockfreienkonferenz in Colombo 1976 das Zusammenwirken der Machtmittel der Blockfreien und der sozialistischen Staaten gegen die unter Bruch des Völkerrechts vollzogene Invasion der Hauptmacht des weissen Rassismus sanktioniert hat. Nach der Niederlage der USA und ihrer Verbündeten in Vietnam, dem Ende

des Mythos der Unbesiegbarkeit Israels 1973, der Niederlage Portugals in den Kolonien (und damit zusammenhängend zeitweise auch der Bourgeoisie in Portugal selber) folgte die Niederlage der rassistischen Supermacht im südlichen Afrika.

Gerade der Kampf in Angola zeigt auch die Grenzen des Befreiungsprozesses auf: MPLA- und kubanische Truppen mussten nämlich gegen die von der CIA, Südafrika und China ausgerüsteten und aktiv unterstützten Pseudo- „Befreiungsbewegungen“ kämpfen: Ohne China als aktive Kraft im Lager der antiimperialistischen Lager zu haben, konnte dieser Prozess mit derselben Geschwindigkeit nicht weitergehen. Der Verlust Irans als starker Stütze des imperialistischen Systems zeigt aber genau so wie der schwer errungene Sieg der progressiven Kräfte in Nicaragua und die Entwicklung in El Salvador, dass auch unter den aktuellen Machtverhältnissen die Fundamente der imperialistisch gestützten Statthalterregimes unterspült werden. Mehr noch: Gerade die nur durch die blanke Macht des Imperialismus diktierten und sich ständig schneller verschlechternden Terms of Trade machen das „Pulverfass 3. Welt“ immer explosiver, treiben die immer mehr verarmenden Massen zur Aktion.

Bei einem Gesamtschuldenbetrag von rund 800 Mia. Dollar der 3. Welt und einem jährlichen Zinsdienst von 1982 von rund 80 Mia. Dollar (1983 gegen 95 Mia.) segelt das imperialistische Schiff in immer dichteren Korallenriffen.

Es wird der „Tag“ kommen, wo die Exporte von Waren aus diesen Ländern nicht mehr zunehmen sondern sinken (z.B. Reis aus Thailand oder Indien) und damit nicht einmal mehr der Zinsdienst geschweige denn der Rückzahlungsdienst geleistet werden kann; d.h. verschiedene 3. Welt-Länder werden sich als zahlungsunfähig erklären müssen. Da diese Entwicklung parallel zur Zunahme der Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern von 40-50 Mio. (es gibt Prognosen von 100 Mio. für das Jahr 1988!) geht, also weit und breit keine Lösung der Krise in Sicht ist, werden solche Brüche der Entwicklung dem Imperialismus schwere Schäden zufügen – auch wenn er noch lange nicht untergehen wird.

Eine „simple“ Zahl zeigt, dass die Verzweiflung in der 3. Welt wächst und dank bestimmter Kräfteverhältnisse in politische Aktionen umzuschlagen beginnt, ein Zurückdrängen der Revolution, d.h. eine lange stabile Phase imperialistischer Kompradorenherrschaft nicht zu erwarten ist: statt in Richtung des Ziels von Lima zu gehen (Steigerung des Anteils der industriell verarbeiteten Produkte von 8% auf 25% im Jahr 2000 der gesamten Weltproduktion) findet gegenwärtig eine Stagnation, ja gar ein relatives Absinken des Anteils der 3. Welt-Länder auf 7% statt. Diese Zahl ist meiner Ansicht nach der komprimierteste Ausdruck der explodierenden Armut in der 3. Welt. Die kapitalistische Überfluss- und Wachstumsgesellschaft, die masslose und jeder Moral entbehrende Privilegiengesellschaft der alten weissen Kolonialwelt wird fundamental in Frage gestellt. *Die Schweiz wird von solchen Entwicklungen massiv betroffen sein.*

Schon recht wird man sagen – aber was geschieht denn in der Schweiz?

Was in Europa? Der Hintergrund ist zwar düster, aber trifft dies auch die Schweiz? Welche Politik haben denn die progressiven Kräfte einzuschlagen?

Zuerst muss an zwei Dinge erinnert werden: Es braucht eine „bewusste Ahnung“ möglicher tiefer Brüche in der imperialistischen Entwicklung. Diese Stabilitätsgefährdenden Einbrüche in der Entwicklung sind wesentlich die Folge politischer Entscheide; wesentliche Entscheide fallen ausserhalb des direkten Machtbereichs imperialistischer Herrschaft. Es braucht die illusionslose, darum umso kritischere Registrierung der Tatsache, dass heute die politischen Entscheide (Machtentscheide zur Systemstabilisierung) den Entwicklungsprozessen (z.B. der Ökonomie) übergeordnet sind und deren Geschwindigkeit, Charakter usw. entscheidend bestimmen.

Bevor konkret auf die Schweiz eingegangen wird, sei an das Konzept der Kommunistischen Partei Italiens aus dem Jahre 1977 kurz erinnert: die *Austeritätspolitik*.

„An erster Stelle“ schreibt Berlinguer im Zusammenhang mit dieser Politik, „steht die Zielsetzung – und aus diesem Grunde kann die Arbeiterbewegung sie zu ihrer eigenen machen – Gerechtigkeit, Effizienz und Ordnung zu schaffen und“, so fügt er bei, „eine neue Moral zu begründen.“ Weiter meint Berlinguer:

„Eine revolutionäre Umgestaltung kann jedoch unter den gegenwärtigen Bedingungen nur dann begonnen werden, wenn sie in der Lage ist, die neuen Probleme, die dem Westen aus der Befreiungsbewegung der Völker der Dritten Welt entstehen, anzupacken.

Das bedeutet für den Westen im allgemeinen und für unser Land im wesentlichen folgendes:

- 1) volles Verständnis für die Erfordernisse dieser Länder und ihrer Entwicklung zu beweisen und mit ihnen eine Politik der Zusammenarbeit auf der Basis von Gleichberechtigung zu begründen;
- 2) die Illusion aufzugeben, dass es möglich ist, eine auf der künstlichen Expansion des individuellen Konsums basierende Entwicklung aufrechtzuerhalten, die die Ursache von Vergeudung, Parasitentum, ungerechtfertigten Privilegien, Verschwendungen von Ressourcen und Zerrüttung der Finanzen ist, für die wir in unserem Land einen so bitteren Preis zahlen müssen.“ (1)

Um diese Austeritätspolitik ist es – überblickt man die Reden und Veröffentlichungen der letzten Jahre – eher ruhig geworden. Zwischen der Vorstellung der „grossen Idee“ und ihrer Umsetzung in der Praxis öffnete sich auch für die PCI ein Graben.

Fast scheint es so, dass Berlinguer dieses vorausgeahnt hätte, als er feststellte: „Die Austeritätspolitik leidet noch immer an einem Mangel an Strenge, Mut und Perspektive.“ Die Konkretisierung der Ziele – fassbar für den Kampf der Massen – erscheint im Rückblick nicht entscheidend vorwärts gekommen zu sein. „Im Inneren der Krise zu arbeiten und sie zu einem wirksamen In-

strument für eine allgemeine Veränderung der Gesellschaft zu machen“ kann aber ohne diese konkretisierten Ziele nicht erfolgreich geschehen. In diesen müssen ja die grundlegenden Interessen sowohl der Völker der 3. Welt wie auch der arbeitenden Menschen erkennbar sein.

Die Stabilisierung der Rohstoffpreise (Ausgleichfonds, Indexierung der Rohstoffpreise mit den Preisen der Importwaren aus den Industriestaaten, die Bereitstellung zinsfreier langfristiger Kredite, Streichung der Schulden oder Zahlungsaufschub für lange Zeit (Schuldenmoratorium), währungs- und handelspolitische Massnahmen, freier Technologietransfer zugunsten der 3. Welt usw.) waren alles schon durch die UNO-Sondersession und die Colombo-Konferenz der Blockfreien aufgelistete Forderungen der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“, die in solche Zielvorstellungen in Westeuropa eingehen müssten.

Es kann nicht zufällig sein, dass Berlinguer noch 1977 mit keinem Wort auf dieses Forderungspaket, auf diese neuen Perspektiven für die Entwicklung zuerst der 3. Welt, grundsätzlich aber für die ganze Welt zu sprechen kommt. Hat die PCI etwa die Blockierung des Autobahnbaus und des AKW-Programms verlangt und die Massen dagegen mobilisiert? Dies wäre ein Beispiel der Konkretisierung einer Politik der Aufgabe der Privilegien auf dem Rücken der Armen der 3. Welt gewesen. (2). Der Ansatzpunkt der PCI aus dem Jahre 1977 ist sicher sehr wichtig und positiv. Die PCI geht – das zeigt das Grundsatzdokument des ZK „Vorschlag für eine Alternative der Veränderung“ zum XVI. Parteitag –, wenn sie eine grundlegende Alternative zur kapitalistischen Privilegiengesellschaft, zur Krise in Italien als Teil des imperialistischen Systems erarbeitet, weiter davon aus. Gerade weil der Aufbruch der Völker der ehemals kolonialistisch ausgebeuteten Welt in Wechselwirkung steht mit der schnellen Erstarkung der sozialistischen Länder, verändert dieser Aufbruch auch die Stabilität des gesamten imperialistischen Systems – also auch seiner europäischen Teile. Was die PCI im Anschluss an den Vietnam-Sieg vorwärts blickend gleichsam „ertastete“ und nun weiter vertieft, hat seine Wichtigkeit für andere Parteien in Europa.

Für die Progressiven Kräfte in der Schweiz, die ja als ein ganz wesentlicher Teil des imperialistischen Systems mitfunktioniert, stellen sich ähnliche Fragen. Allerdings sind die Bedingungen durch die Rolle der Schweiz als Samelpunkt des internationalen Hehlertums, als Finanzdrehscheibe des imperialistischen Systems, in spezifischer Art und Weise präzisiert.

### **Innenpolitische Stabilität keine leichte Aufgabe mehr . . .**

Eine wesentliche Grundbedingung für das volle und ungestörte Funktionieren der Schweiz für die Gnomen vom Zürcher Paradeplatz ist Ruhe und Ordnung, d.h. innenpolitische Stabilität. Doch gerade da hat es – auch im Kontext mit den Bedingungen rund um die Schweizer Banken- und Touristeninsel – zu kriseln begonnen. Die Führungen der politischen Schweiz, die, wie überall, Vertrauen, ja, Vorschussvertrauen, fordern, schlagen ‘unberechenbare’ Haken. Hatten die Bundesratskoalition FdP/CVP/SVP/SP und „Spitzen des Landes“ noch 1969, also in voller Hochkonjunktur und noch

vor der offensichtlichen Niederlage der USA in Vietnam, einen Beitritt zur UNO glattwegs abgelehnt, so kommt schon 1977 die Kehrtwende: Jetzt beginnt der Bundesrat das „Prinzip der Universalität“ der UNO zu begreifen, jetzt ist die „immerwährende Neutralität“ für das Monopolkapital kein Hindernis mehr, jetzt will man mitmachen, denn es geht um die Märkte der politisch erstarkten 3. Welt. Dasselbe beim Währungsfonds (IMF) – dem die Schweiz aus „Neutralitätsgründen“ nicht beigetreten war. Auch da – die Wende ist schon eingeleitet. Das politische Prinzip beginnt sich auch da durchzusetzen; gesellschaftspolitische Stabilität als Folge auch von Kräfteverschiebungen im internationalen Rahmen wird noch wichtiger.

Auf der anderen Seite versucht heute das Schweizer Monopolkapital durch seinen Beobachterstatus bei den Blockfreien und als Neutrale bei der KSZE-Konferenz eine unabhängige Karte auszuspielen. Neue Entwicklungen sollen möglichst früh erkannt werden: dies sind wesentliche Dinge, in denen sich die Schweizer Bourgeoisie auskennt wie keine andere. Das sich wandelnde Verhältnis zur UNO und zum IMF zeigt Mechanismen der Anpassung auf, macht aber eben auch die verminderte Führungsfähigkeit deutlich: kommende Entwicklungen werden kaum oder zu spät begriffen. (z.B. auch in der Krise 1974/75). Sie legen die Schwächen solcher Führungen direkt offen.

Sowenig wie das Projekt der PCI für eine Austeritätspolitik ohne Verständnis für die durch die Vietnamniederlage relativierte Macht der imperialistischen Führungsmacht und die dadurch gelockerten ideologischen Bindungen von Mittelschichten auch in Europa an die „Ideologie der herrschenden Klasse“ begriffen werden kann, sowenig dürften die Führungsschwierigkeiten des herrschenden Monopolkapitals in der Schweiz ohne Einbezug dieses Faktors verstanden werden. Dieses Verständnis ist auch in anderer Hinsicht für die progressiven Kräfte von erstrangiger Bedeutung: Das nicht mehr rückgängig zu machende Auftreten der neuen selbständigen politischen Kräfte der 3. Welt auf der Bühne der Weltpolitik (immer im Zusammenhang mit den Nichtpaktgebundenen!), öffnet und sichert den politischen Spielraum der neuen politischen Kräfte auch in der Schweiz, sofern diese in ihrem Inhalt tatsächlich die Interessen dieser Milliarden Menschen mit aufnehmen. (3)

## Die Strategie der Bourgeoisie

Zur Sicherung der innenpolitischen Stabilität sind seit dem Kriseneinbruch gewisse Massnahmen eingeleitet worden. Vielleicht die Wichtigste dürfte dabei im Rahmen des Netzes der „sozialen Sicherheit“ die Reorganisation der Arbeitslosenkasse sein – immerhin sind dadurch Zehntausende zu flexiblen und manövrierten Arbeitskräften geworden, besonders auch ausländische Arbeiter. Gleichzeitig soll durch eine gewisse Verbesserung und Flexibilität der Leistungen das soziale Sprenggut (wie die Arbeitslosen, besonders die Jungen, immer wieder genannt werden) in Grenzen gehalten werden. (Als wichtig könnte sich unter bestimmten Umständen die Einrichtung der sog. II. Säule erweisen.)

Dass die Krise aber keine Sache von 1 - 2 Jahren ist und solche Massnahmen nicht genügen werden, zeigen z.B. die Daten der neuesten Regio Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz deutlich genug.

Nach dieser Bestandesaufnahme, die Tendenzen der BRD und Frankreich in dieser Region mit einschliesst, hat die *Chemie* bis zum Jahre 1987 sinkende Arbeitsplatzzahlen, noch mehr die Bereiche *Apparate/Maschinen* und *graphische Industrie*. Es erstaunt nicht, dass *Banken, Versicherungen* und *Grosshandel* eine Vermehrung der Arbeitsplätze anbieten – doch zeigt die Studie auch, dass diese Branchen die Arbeitsplätze der anderen Bereiche niemals aufnehmen können ; dass jene Bereiche, die für den täglichen Bedarf produzieren, höchstens stagnierende Tendenz aufweisen, ist sicher keine Überraschung.

Die Studie (4) zeigt, dass mittelfristig gesamthaft eine Arbeitsplatzreduktion zu erwarten ist. Diese Regio-Studie soll hier – trotz aller Vorbehalte – als Beleg dafür dienen, dass aus der Sicht der Unternehmer bis über die Mitte der 80er Jahre hinaus in einer für die arbeitende Bevölkerung zentralen Frage – Arbeitslosigkeit/gesicherte Arbeit – keine Lösung vorhanden ist. Alle Entwicklungen politischer, sozialer, ja kultureller Art dürften damit in der Art weitergehen, dass es für das Bürgertum noch schwieriger werden wird, in gewohnter Weise Ruhe und Ordnung, also ungestörte innenpolitische Stabilität zu sichern: Die „Regierbarkeit“ der Schweiz wird noch schwieriger werden.

### **Gegenbewegungen stärker denn je**

Eruptionen wie die 30'000 Demonstranten für den Frieden in Bern Ende 1981 (5) oder die 30-40'000 Demonstranten für den Teuerungsausgleich (nicht nur des Bundespersonales,) oder die 20'000 gegen Kaiseraugst (aus der Region Basel) zeigen deutlich ein verändertes Klima in der ‘Tiefe des Volkes’. Die sehr klare Niederlage des Projektes für eine Bundessicherheitspolizei oder der Anlauf zur Mehrwertsteuer deuteten solche Entwicklungen schon an – aber Abstimmungen mit 30-40 % Beteiligung können nur einen Teil der Umdenkprozesse sichtbar machen. Jene Stimmungen, die das parlamentarische System nicht zum Ausdruck bringen kann, müssen für uns noch mehr zählen. Aus den Demonstranten z.B. in Kaiseraugst oder in Bern wachsen weitere Kader und Mitglieder einer breitgefächerten Bewegung heran, die weit radikaler denkt als dies im Normalfall durch eine Abstimmung sichtbar wird. Diese Entwicklung hat meiner Ansicht nach schon heute wichtige Veränderungen in der bis etwa 1978/79 „problemlos“ praktizierten Sozialpartnerschaftspolitik bewirkt. Die Niederlage der Mehrwertsteuer war eine Kanterniederlage vor allem für die Sozialdemokratische Partei.

### **Eine starke antiimperialistische Bewegung wächst**

Vereinfachend lässt sich sagen: Durch die offensichtlich länger dauernde Krise wachsen die verschiedensten sozialen Probleme enorm und damit – trotz Massnahmen wie dem Ausbau der ALK und dem Antikrisenpaket –

wesentliche Probleme des Bürgertums. Andererseits werden durch die Bedürfnisse der „Ruhe und Ordnungspolitik“ und der imperialistischen Solidarität immer mehr Mittel in die Herrschaftsapparate Polizei, Armee gesteckt und die Konfrontation entwickelt, was die politischen Probleme aber nicht löst, sondern verstärkt. Die Bedürfnisse z.B. der Rüstungs-, Energie-, Chemie- oder Auto/Baukonzerne treiben gleichzeitig die gesellschaftlichen Widersprüche weiter – die politischen Schwierigkeiten spitzen sich weiter zu. Eingebettet in eine zunehmend beängstigendere Kriegsgefahr als Folge der NATO-Hochrüstung und eine sich immer explosiver gestaltende Situation in der 3. Welt, ist eine Lage entstanden, in der die antiimperialistische Bewegung in der Schweiz zunehmend grösseres Gewicht erhält.

Es darf aber nicht übersehen werden, dass das Schweizer Monopolkapital enorme Reserven hat, um der Gefahr ausserordentlicher gesellschaftlicher Konflikte auch präventiv begegnen zu können; zumindest solange die drei grossen Banken ihre Rolle im imperialistischen Bankensystem spielen können.

Diese Spezifik des Bankenplatzes Schweiz als Drehscheibe riesiger Kapitalströme kann aber ebenso die Möglichkeiten ausserordentlicher Brüche in der Entwicklung beinhalten, wie sie kaum ein anderes Land der kapitalistischen Industrieländer kennt. Die Zahlungsunfähigkeit wichtiger Länder der 3. Welt dürfte in der Schweiz Folgen zeitigen, die schnell weitaus tiefgreifender sein können als in Ländern, die sich viel weitgehender auf ihre eigenen Rohstoffe und industrielle Produktion abstützen können.

Die antiimperialistische Bewegung in der Schweiz, ausgehend von und anknüpfend an die realen Probleme, die die Politik der Monopole und ihre politischen Sprecher produzieren, ist die einzige Strömung, die umfassendere Antworten geben kann auf die tiefer werdende gesellschaftliche Krise. Die Basis dazu ist das grundlegende Bündnis mit der Aufstandsbewegung der 3. Welt. Die Forderungen der Blockfreien (Neue Weltwirtschaftsordnung, Friedenszonen, Abrüstung, hegemoniefreie demokratisierte Welt) drücken sehr aktuell die Forderungen der 3. Welt aus – aber sie sind grundsätzlich vereinbar mit den Interessen aller Völker, also auch der Schweiz.

Die progressiven Kräfte in der Schweiz haben sich heute eine Basis geschaffen, um politisch diese gesamte Problematik aktiv zu vertreten und in der Bevölkerung weiter verankern zu können. Dabei sind in den Bereichen Umwelt-, Sozial-, Rüstungs- und Frauenpolitik wohl die Hauptschlachten zu schlagen, wobei die Finanzpolitik in alle diese Bereiche eingreift und sie gewissermassen überlagert. Vom Schutz der Luft, des Bodens und des Wassers über den rigorosen Baustop für AKW, Autobahn- und Strassenneubau, Parkhäuser, bis zum Kampf um die AHV, die Arbeitszeitverkürzung, Rüstungsstop bis zur Realisierung wichtiger Postulate der Frauen, ergibt sich ein Aktionsbogen, der die neuen Kräfte zusammenhält. Nimmt man die Solidaritätsaktionen für die Befreiungsbewegung der 3. Welt und die langsame Entwicklung in den Gewerkschaften hinzu, zeigt sich eine Stärke, die für die Schweiz neu ist: Die antiimperialistische Bewegung hat enorm an Kraft gewonnen.

Eines zeichnet diese progressiven Kräfte aus — sie schliessen den sozialdemokratischen Reformismus aus. Sozialdemokratie wandelt in der Schweiz unter der Flagge der Konkordanzdemokratie. Anpassungsversuche an eine progressiv beeinflusste politische Situation scheiterten kläglich (z.B. Programm-entwurf, Spaltungstendenzen, Ausweichen der 68er in der SPS).

Die neue antiimperialistische Bewegung zeichnet sich durch Vielfalt und grosse Selbständigkeit aus: wer versuchen sollte, ihr den eigenen Stempel aufzudrücken, ist sicher zum Scheitern verurteilt. Die Bedingungen sind so herangewachsen, dass der Lernprozess vieler Menschen schneller vor sich geht als noch vor 15 Jahren; man denke z.B. daran, wie grundlegend sich das Verhältnis zu Israels Expansions- und Kriegspolitik gewandelt hat.

Zwar hat die schweizerische antikapitalistische Bewegung keinen 'Gesamtentwurf' wie die PCI (6), aber sie entwickelt sich um ein Bündel recht konkreter Forderungen, deren Inhalte mit den Interessen der Völker der 3. Welt vereinbar sind.

Diese ganze Bewegung hat heute eine solche Handlungskraft erreicht, dass sie — unter den Bedingungen steigender Widersprüche und wachsender politischer Spannungen — weiter wächst und zu immer wesentlicheren Fragen der schweizerischen Politik mitreden (und manchmal sogar deren Inhalt verändern) kann. Diese Bewegung muss gestärkt werden — sie stellt die grosse Hoffnung für die Menschen in unserem Lande dar, die zum Kapitalismus Nein sagen.

#### ANMERKUNGEN

1) Enrico Berlinguer, Eine ernsthafte Austeritätspolitik — Gelegenheit zur Umgestaltung unseres Landes, in: Die italienischen Kommunisten, Heft 1/1977, S. 38 ff.

2) Siehe zu dieser Problematik auch: POSITIONEN, Nr. 17/18, „Antiimperialistische Front — antimonopolistische Politik in der Schweiz“ und POSITIONEN, Nr. 40/41 und Nr. 44, „Die Lernfähigkeit des Gegners nicht unterschätzen“.

3) Als Beispiel sei die Aufnahme des Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung mit der 40-Std-Woche Volksinitiative durch die POCH im Herbst 1971, also bei voller Hochkonjunktur, genannt. (Diese wurde ab Frühling 1972 von der Autonomen Sozialistischen Partei (PSA) und ab 1973 von der Revolutionären Marxistischen Liga (heute SAP) unterstützt.)

Es ist beispielhaft, dass sowohl die Fraktion der SPS in den eidgenössischen Räten wie der SGB-Kongress noch 1975 — also schon mitten in der Krise — gegen diese Initiative Stellung bezog; der SPS-Kongress stoppte dann diese Entwicklung und beschloss zu guter letzt die JA-Parole.

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung, der tief eingreift ins Kräfteverhältnis Kapital/Arbeit, die Arbeitsplatzsicherung wie die Gesundheit der Arbeiterschaft und auch die Tendenz zum qualitativen Wachstum statt Wegwerfproduktion unterstützt, ist eine solche Forderung, die mit den Interessen der Völker der 3. Welt verträglich ist.

4) Regio Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz IV, März 1983

5) Diese gewaltige Demonstration wurde von einem Komitee organisiert, das die verschiedenen progressiven Kräfte der Schweiz repräsentierte — aber ohne die SPS. Es war kein Zufall, dass die SPS-Bundesratspartei hin und her schwankte in der Frage der Unterstützung der Demo und keinerlei Hilfe in der Organisierung leistete und als Redner Werner Carobbio (PSA-Tessin) der breiten Strömung in klar antikapitalistischen Positionen Ausdruck gab.

6) Meiner Meinung nach bietet das Parteiprogramm der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) eine weit entwickelte Grundlage für einen solchen Gesamtentwurf.